Thorner  Zeitung

Begründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3 50 Mk., monatl. 1.20 Mk, bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk, durch Briefstr. ins Haus gebr. 4 02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11.
Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. — Fernsprecher Nr. 46.
Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn.
Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn.
Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m. b. H. Thorn.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm

Nr. 11 — Dienstag, 14. Januar — 1919

Die Lage um Bromberg.

Bromberg, 13. Januar. (Drahtnachricht.) Ueber die Lage um **Bromberg** wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß man der Entwicklung bisher mit voller Zuversicht entgegensehen kann, und daß ein Grund zur Beunruhigung z. Zt. nicht besteht. **Schubin**, **Znin** und **Labischin** befinden sich in polnischem Besitz, ebenso sind die Polen in **Netzwalde** eingezogen, während die deutschen Truppen den Uebergang über den Kanal bei Netze noch halten. Die Stellung der deutschen Streitkräfte kennzeichnet die Linie Lochowo—Cielle—Zielonka—Netzort—Hopfengarten, welche Orte sämtlich in unserer Hand sind.

Der Oberkommandant von Berlin für den Schutz der Ostmark.

Berlin, 13. Januar. (Drahtnachricht). Der demokratische Verein des Stralauer Viertels hielt, wie das „Berliner Tageblatt" meldet, gestern vormittag eine Versammlung ab. Nach dieser bewegte sich der Zug der Teilnehmer zur Wilhelmstraße, wo der Volksbeauftragte **Noske** von einem Fenster der Reichskanzlei etwa folgende Ansprache hielt: Glauben Sie mir, es ist mir als Oberkommandant nicht leicht geworden, die Truppen in die Straßen Berlins zu führen, waren doch die Soldaten versammelt, um nach dem bedrohten Osten abzuziehen, aber der Unfug, der sich in den Straßen Berlins breit gemacht hatte, zwang uns zu unserem Vorgehen. Es ist nicht möglich, an den Grenzen Ordnung zu schaffen, wenn in **Berlin**, in der Mitte des Reiches, Gewalt vor Recht geht. Ich gebe Ihnen die feste Versicherung, daß schon in den nächsten Tagen in Berlin die Ruhe und Ordnung herrschen wird, die wir hier gewohnt sind und die allein eines geordneten Staatswesens würdig ist. Ich werde den allergrößten Teil der Truppen aus Berlin entfernen und seiner ursprünglichen Bestimmung zuführen. Allerdings werde ich hier in Berlin diejenigen Truppenmengen zurückhalten, die erforderlich sind, um zu helfen, daß die in 8 Tagen stattfindenden Wahlen zur Nationalversammlung sicher gestellt und ordnungsgemäß durchgeführt werden. Seien Sie versichert, die Reichsregierung hat keinen Augenblick vergessen, was sie den deutschen Brüdern und dem deutschen Lande schuldig ist. Sie hat alles getan, um jene fortan sicher und dauernd vor **polnischer Willkür** zu schützen. Deutsches Land und deutsche Bürger im Osten dürfen die feste Zuversicht haben, daß im Osten deutsch bleibt, was deutsch ist.

Spartakistische Mordbuben.

Berlin, 12. Januar. (Drahtnachricht.) Es bestätigt sich, daß gestern die regierungstreuen Matrosen in der Wilhelm- und Besselstraße ohne jeden Grund von Spartakisten erschossen worden sind. Bei einer verhafteten Russin sind 16 500 Mark vorgefunden worden. Spartakusleuten wurde Munition mit russischen Aufschriften abgenommen. Bei der gefangenen Spartakusbesatzung des Ullsteinhauses wurden Listen vorgefunden, die die Namen solcher Personen tragen, die von Spartakusleuten bereits erschossen worden sind oder erschossen werden sollen.

Verluste der Spartakusleute.

Berlin, 12. Januar. (Drahtnachricht) Im Polizeipräsidium haben die Spartakusleute bei den letzten Kämpfen 12 Tote und 450 Gefangene verloren. Die abziehenden Spartakisten waren zum größten Teil völlig niedergeschmettert. Ein großer Teil zog plötzlich von dannen und brachte Hochrufe auf **Eichhorn** und **Liebknecht** aus, wurde aber in drastischer Weise auf das Energischste zur Ruhe gewiesen.

Der schlesische Bahnhof befreit.

Berlin, 12. Januar. (Drahtnachricht.) Wie das Acht-Uhr-Abendblatt meldet, ist der Schlesische Bahnhof, das letzte Bollwerk der Spartakisten, nach schweren Kämpfen von seiner Spartakistenbesatzung befreit worden.

Das „W. T. B." zurückerobert.

Berlin, 12. Januar. (Drahtnachricht.) Die amtliche Meldung über die Zurückeroberung des **Wolffschen** Telegr.-Büros hat nachstehenden Wortlaut:

Soeben ist das W. T. B. von dem Stoßtrupp **Bachmann** genommen worden. Erobert sind 3 Lastautos, 20 bis 30 Maschinengewehre. Etwa 65 Mann haben die Waffen gestreckt und sind geflüchtet. Sämtliche Munition und sonstige Gerätschaften sind in unsere Hände gefallen.

Erfolge der Regierung gegen Spartakus.

Mit atemloser Spannung verfolgt man im ganzen Reiche die blutigen Ereignisse in Berlin. Von dem Ausgang der Kämpfe, die in den Straßen der Reichshauptstadt toben, hängt es ab, ob Deutschland in eine bolschewistische Mördergrube verwandelt wird, oder ob es möglich sein wird, die schwer bedrohte gesellschaftliche Ordnung noch vor dem Eingreifen unserer Feinde wieder herzustellen. Das ist es, worauf es vor allem ankommt. Von größter Bedeutung für die Dauerhaftigkeit geordneter Zustände ist es ferner, daß die Wahlen zur Nationalversammlung und zur preußischen Landesversammlung ihren ungestörten Verlauf nehmen und uns zu gesetzgebenden Körperschaften verhelfen. Nach den heute vorliegenden Drahtnachrichten, die wir weiter unten wiedergeben, scheint sich die Lage entschieden zu Gunsten der Regierung gewendet zu haben, wenn sich auch das gestern verbreitete und in der hier abgehaltenen deutschnationalen Versammlung als Freudenbotschaft verkündete Gerücht von der **Verhaftung Liebknechts** und der blutigen **Rosa** leider **nicht bestätigt** hat.

Wenigstens ist es gelungen, das Wolffsche Telegraphenbureau von den Spartakusleuten zu befreien und ebenso die Verlagshäuser Ullstein, Scherl und Mosse, die von Spartakus in Festungen verwandelt worden waren, ihrer Bestimmung zurückzugeben. Dadurch wird nun auch das Erscheinen der großen Zeitungen wieder ermöglicht sein.

Die Erfolge der Regierungstruppen in Berlin.

Berlin, 12. Januar. (Drahtnachricht). Die Erfolge der Regierungstruppen, die gestern mit aller Energie gegen den „Vorwärts" vorgingen und ihn schließlich auch einnahmen, haben die übrigen Quartiere der Spartakisten schnell in die Hände der Regierung gebracht. Alle Zeitungsgebäude und das W. T. B. sind jetzt frei, und man geht daran, den Betrieb wieder aufzunehmen. Noch gestern nachmittag haben die Spartakisten in der Prenzlauer Allee den Lötzowberg geräumt, wo **Eichhorn** und **Liebknecht**, die ab und zu dort weilten, ein Werbebüro eingerichtet hatten. Auf das Gerücht, daß der Berg um 6 Uhr gestürmt werden sollte, verließen die Spartakusleute um 5 Uhr so unauffällig wie möglich ihren Standort. Es zogen etwa 200 Mann mit 800 Gewehren, 9 Maschinengewehre und einer großen Menge Munition wieder nach dem Polizeipräsidium zurück. Dieses wurde heute morgen um 8 Uhr nach kräftiger Beschießung genommen. Besonders stark hat die Front nach der Kaiserstraße gelitten. Abends haben die nach dem Alexanderplatz gelegenen Räume im ersten Stockwerk, wo Herr **Eichhorn** residierte, einige Treffer erhalten. Als man in das Gebäude eindrang, waren die Spartakisten verschwunden. Sie hatten durch die Fenster nach der Stadtbahnseite zu das Weite gesucht. Nur 8 Mann konnten festgenommen werden.

Besonders waren das Zeitungsviertel und das Polizeipräsidium von zahlreichen Spaziergängern besucht. Die Gebäude bieten ein wüstes Bild der Zerstörung. Der Schlesische Bahnhof ist ebenfalls frei. Die dort noch verbliebene Besatzung ist abgezogen.

Augenblicklich herrscht Ruhe.

Noch während gestern die Gewehre knatterten, die Maschinengewehre ihr unheimliches Tiktak ertönen ließen und grollender Donner der Geschütze die Luft erzittern ließ, riefen die Parteien durch Plakate und Flugblätter ihre Anhänger zu zahlreichen Sonntagsversammlungen auf. In 15 großen Lokalen hielt die **Deutsch-demokratische Partei** schon um 10 Uhr vormittags Heerschau. Auf der Tagesordnung stand das Thema „Auf zur Wahl am 19. Januar." Kandidaten zur Nationalversammlung und andere Parteiführer waren die Redner, die alle für die Liste Friedrich **Naumann** eintraten. Große Kundgebungen veranstaltete auch die Deutsch-nationale Volkspartei um 11 Uhr im Zirkus Busch und gegen 3 Uhr in der Philharmonie. Endlich hatten die Mehrheitssozialisten 20 Versammlungen um 12 Uhr mittags einberufen, in denen Ebert, Scheidemann Landsberg und eine große Anzahl führender Männer dieser Partei sprachen. Ueberall in der Stadt sind große Plakate mit der weithin leuchtenden Parole „Um die Freiheit" sichtbar. Nach Schluß der Versammlungen bewegten sich große Züge durch die mit einer grauen Schmutzschicht überzogenen Straßen der Stadt, über der ein leichter Nebel lagerte.

Befreiung des Berliner Zeitungsviertels von den Spartakisten.

Berlin, 12. Januar. (Drahtnachricht). In vergangener Nacht sind im Zeitungsviertel die von den Spartakusleuten besetzten Gebäude, darunter das **Wolffsche** Tel.-Büro, **Mosse** und **Ullstein** geräumt worden. Die Spartakisten sind ohne Kampf unter Hinterlassung von Waffen und Munition größtenteils frei gelassen worden. Die Gebäude sind von Regierungstruppen besetzt worden. Im Osten der Stadt sind in der Nacht viele Plünderungen und Diebstähle vorgekommen. Von den Regierungstruppen werden starke Patrouillen, auch Kavallerie, durch die Straßen gesandt, um weiteren Diebstählen vorzubeugen. Die Streifen werden auch in der folgenden Nacht fortgesetzt werden.

Das **Scherlhaus** soll heute von den Regierungstruppen angegriffen werden. Der Schlesische Bahnhof und die Bötzow-Brauerei befinden sich noch in den Händen der Spartakisten. Die Zahl der Verhafteten beläuft sich auf etwa 400, darunter befinden sich **Ledebour**, Dr. Ernst **Meyer** und der älteste Sohn Dr. **Liebknechts**. Das Gerücht, daß auch Rosa **Luxemburg** verhaftet sei, bestätigt sich nicht. Ebenso ließ sich nicht feststellen, ob sich **Radek** unter den Verhafteten befindet, wie gerüchtweise verlautet. Unter den Verhafteten befinden sich eine Anzahl Russen.

Berlin, 12. Januar. (Drahtnachricht). Im Laufe des Abends kam es an einigen Stellen der inneren Stadt, z. B. am Gendarmen-Markt, zwischen Regierungstruppen und zurückgebliebenen Spartakusnestern zu Schießereien. In den späteren Abendstunden wurden im Zeitungsviertel hin und wieder Schüsse laut. Von ernsteren Ereignissen ist bisher nichts bekannt.

Berlin, 12. Januar. (Drahtnachricht). Einer Darstellung der an den Kämpfen im Zeitungsviertel besonders beteiligt gewesenen Truppen entnehmen wir die nachstehende Schilderung: Nach Rückeroberung des „Vorwärts" stießen Erkundungstrupps in das Zeitungsviertel vor. Den ganzen Nachmittag ging mit Unterbrechungen das Geplänkel hin und her. Dazwischen wurden um 7 Uhr wieder Verhandlungen angebahnt. Sie führten zuerst bei Ullstein, wo sie durch einen Angestellten des Hauses geführt wurden, zum Erfolg. Ein Stoßtrupp der freiwilligen Helfer, der in den anliegenden Straßen die Fenster unter Feuer nahm und mit Handgranaten vorging, verlieh den Verhandlungen Nachdruck. Eilfertig räumten die Spartakisten das Haus unter Zurücklassung großer Massen von Vorräten. Nun galt es, das Genommene zu sichern. Noch war die ganze Umgebung von Spartakisten besetzt. Von dem naheliegenden Wolffschen Telegraphenbureau und den Stützpunkten in der Markgrafenstraße konnten jeden Augenblick Gegenstöße erfolgen. Sofort wurde deshalb nach dem Reichstag um Verstärkungen geschickt. Zuerst kam von dort ein Kampfautomobil mit 6 Mann und einem Maschinengewehr. Diesem folgte ein Lastwagen mit schweren Maschinengewehren, die im ersten Stockwerk eingebaut wurden. Mit der glücklichen Wiederbesetzung des Ullsteinhauses war der Tatendrang der Stürmer jedoch nicht gestillt. Kaum daß das Eroberte notdürftig gesichert war, drang ein Stoßtrupp gegen das Wolffsche Telegraphenbureau vor. Bald knatterte das Feuergefecht über die Straße. Eine Anzahl Gefangener wurde eingebracht. Ihre Papiere förderten erstaunliche Tatsachen zutage. Einzelne trugen noch Ausweise und Fahrscheine bei sich, aus denen hervorgeht, daß sie als Agitatoren in die Provinz geschickt worden waren, vor allem nach Oberschlesien. Einer hatte einen Ausweis eines Deserteur-Rates (!) im Abgeordnetenhause bei sich. Während aus den Aussagen der Gefangenen hervorgeht, daß die Stimmung unter der Besatzung teilweise doch schon recht kleinlaut war, verweigerte der Führer zunächst jede Uebergabe. Auf die Aufforderung dazu erklärte er: „Nein, niemals!" Als jedoch weitere Patrouillen anrückten, wurden neue Verhandlungen angeknüpft, und nach kurzer Zeit kapitulierte die Besatzung. Der Abzug ohne Waffen wurde zugestanden. Eine Anzahl von Gewehren, Handgranaten, leichten und schweren Maschinengewehren wurde erbeutet.

Ueberfall von Spartakusleuten auf einen Militärtransport in Leipzig.

Leipzig, 9. Januar. Heute vormittag trafen auf dem Bahnhof in Leutzsch drei Militärtransporte, die für Berlin bestimmt waren, ein. Sie wurden von den auf dem Bahnhof befindlichen Spartakisten zur Entwaffnung aufgefordert. Als sie nicht erfolgte, kam es zu einer Schießerei, bei der, wie das „Leipziger Tageblatt" vernimmt, von den Truppen ein Offizier und zwei Mann getötet und sieben verwundet wurden, während die Matrosen einen Toten und zwei Schwerverletzte haben sollen. Nach anderen Meldungen sollen insgesamt vier Offiziere und zwei Mann getötet sowie 12 bis 14 schwer verwundet sein. Es wurden Verhandlungen eingeleitet und den Soldaten ein Ultimatum gestellt, bis 12.30 Uhr mittags die Waffen niederzulegen. Um 1 Uhr war das noch nicht geschehen. Anscheinend wird weiter verhandelt. Der Bahnhof ist abgesperrt. In dem angrenzenden Walde sollen Geschütze aufgestellt sein. Um 2 Uhr nachmittags war die Lage immer noch nicht geklärt. Ein Teil der Regierungstruppen hat sich ergeben. Es scheint aber, daß es nicht die ganze Besatzung der Züge gewesen ist.

Leipzig, 9. Januar. Ueber die heutigen Vorgänge auf dem Bahnhof **Leutsch** gibt der Arbeiter- und Soldatenrat folgende Darstellung:

Heute vormittag in der zehnten Stunde traf auf dem Bahnhof Leutzsch ein aus der Lahngegend kommender Militärzug ein, dessen Mannschaft für Berlin zu gegenrevolutionären Zwecken bestimmt war. Die Truppen waren vollkommen bewaffnet und mit Handgranaten und Maschinengewehren ausgerüstet. Da in der gestrigen Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates Leipzig ausdrücklich beschlossen wurde, daß alle nach Berlin durchfahrenden bewaffneten Truppen auf dem Leipziger Bahnhof entwaffnet werden sollten, so wollte die auf dem Bahnhof postierte Sicherheitsmannschaft auch die Entwaffnung dieses Militärzuges vornehmen. Von einigen Offizieren des Transportes wurde jedoch daraufhin unüberlegterweise der Befehl zum Feuern gegeben, worauf die Sicherheitsleute von der Waffe Gebrauch machten. Bei diesen bedauerlichen Vorkommnissen wurde ein Sicherheitsmann und zwei Mann des Militärtransportes getötet und 5 Mann schwer verwundet. Um derartige bedauerliche Vorkommnisse künftighin zu vermeiden, sei nochmals auf die Beschlüsse des Arbeiter- und Soldatenrates hingewiesen, daß er im Hinblick auf die Ereignisse in Berlin nicht dulden könne, daß gegenrevolutionäre Truppen den Leipziger Bahnhof passieren und daher angeordnet sei, die nach Berlin fahrenden Truppen zu entwaffnen.

Eisners Klagelied.

München, 10. Januar. Präsident Kurt **Eisner** hat folgendes Telegramm an die Reichsregierung in Berlin gerichtet: Mit wachsendem Entsetzen verfolgen wir den mörderischen Bruderkrieg in Berlin. Das Weichbild Berlins wird überall zerrissen und erzeugt eine Massenepidemie des Wahnsinns. Eine vom Vertrauen des Volkes getragene Regierung, die die Rechte des Sozialismus zusammenfaßt, auf dem Boden der Revolution die Demokratie und den Sozialismus durchzuführen, scheint die einzige Rettung. Ueberall im Süden steigt der Zorn gegen Berlin, während zugleich dunkle Elemente auch hier zum Brudermord schreien.

Zur Lage in Schlesien.

Oppeln, 10. Januar. Gestern abend gegen 8 Uhr wurde eine Patrouille die nach dem Ring zu einbog, von jungen Burschen aus dem Hinterhalt beschossen. Die Patrouille war auf dem Wege nach dem Rathaus, in dessen Portal ein schweres Maschinengewehr aufgestellt ist. Den Soldaten folgte eine Anzahl Leute in Uniform und zwar, die anscheinend den Spartakisten angehörten. Ehe die Soldaten zur Ablösung kamen, wurden sie von den Soldaten mit Revolvern und Pistolen angegriffen.

Glogau, 9. Januar. Hier ist, wie schon berichtet, der Belagerungszustand verhängt worden. Nach 10.30 Uhr ist der Aufenthalt auf der Straße verboten. Alle Gastwirtschaften, Vereine und Theater müssen um 10 Uhr abends geschlossen sein. Das stellvertretende Generalkommando und der Arbeiter- und Soldatenrat kündigten die Bildung von Garnisonbataillonen an. Gestellungspflichtig zu diesen sind alle gedienten und ungedienten Männer der Stadtgemeinde Glogau vom 19. bis 50. Lebensjahr. Freiwillige von anderen Jahrgängen sind willkommen. Der Kommandant und der Soldatenrat ruft die Bürger zur Gegenwehr gegen polnische Machtgier und Habgier auf.

Beuthen, 10. Januar. Gegen 1 Uhr nachts nahm ein Leutnant von den Pionieren

eine Durchsuchung des Schulschen Lokals neben der Synagoge vor, in dem die Spartakisten ihre Herberge aufgeschlagen hatten, und beschlagnahmte sämtliche Akten. Zwischen 2 und 3 Uhr nachts wurde ferner eine Patrouille beschossen, jedoch konnten auch hier die Angreifer nach kurzer Zeit in die Flucht geschlagen werden. Beim Militär sind keine Verletzungen vorgekommen. Ueber Stadt- und Landkreis Beuthen ist heute morgen der Belagerungszustand verhängt worden. In dem Personalverzeichnis der Spartakisten sind 95 Beuthener Mitglieder verzeichnet, darunter 15, 16 und 17jährige Burschen. Die anderen stammen aus den Nachbarorten der beiden Kreise Czernowitz und Beuthen. Unter den Verhafteten befinden sich zwei schwere Verbrecher, die der Bande Marek angehören und als diejenigen bezeichnet werden, die seinerzeit den Polizeibeamten Dembinski erschossen haben.

Kundgebung in Stolp gegen die Polengefahr.

Stolp, (Pommern), 9. Januar. Am 8. Januar nachmittags fand unter freiem Himmel eine von Tausenden von Bürgern und Soldaten besuchte öffentliche Versammlung statt, welche gegen die drohende Polengefahr Stellung nahm. Die Versammlung, welche vom Arbeiter- und Soldatenrat einberufen war, nahm eine Entschließung an, welche die schwächliche Haltung der Regierung bedauerte, weil sie gezögert habe, energische Maßnahmen zu ergreifen. Die Versammlung setze das Vertrauen in den Arbeiter- und Soldatenrat, daß er alles tun werde, um der drohenden Gefahr zu begegnen, und stelle sich ohne Ausnahme hinter den Arbeiter- und Soldatenrat. Die Versammlung ersuchte sodann alle Einwohner von Stolp, alles aufzubieten und sich restlos dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung zu stellen.

Die Ernährungsverhältnisse in Deutschland.

Amsterdam, 9. Januar. „Allgemeen Handelsblad" veröffentlicht heute einen ausführlichen Artikel seines Mitarbeiters über die traurigen Ernährungsverhältnisse in Deutschland. Der Berliner Berichterstatter des Blattes schreibt zu diesem Gegenstand: Die Lebensmittelfrage ist jetzt keine politische Frage, sondern eine rein menschliche. Der Berichterstatter schlägt die Bildung einer internationalen Kommission von Sachverständen vor, die eine Untersuchung einleiten soll.

Lebensmittellieferungen der Entente für Wien?

Wien, 8. Januar. Die hier weilende amerikanische Kommission zur Prüfung der Lebensmittelverhältnisse in Wien war, wie die Reichspost" erfährt, von dem Bild des Elends und Grauens, das sich in den Quartieren der Armut darbot, tief erschüttert. Die Kommission erklärte einstimmig, daß nach ihrer Meinung die Entente alles tun werde, um dieser Not ein Ende zu bereiten. Es werde für rascheste und ausreichende Hilfe gesorgt. Die Mitglieder der Kommission sprachen ihre Anerkennung für den Heroismus aus, mit dem die Wiener Bevölkerung die Leiden des Hungers und der Not ertrage.

Wien, 10. Januar. Korrespondenzbüro. Das Staatsamt für Volksernährung teilt mit: Durch die von der Alliierten Kommission vorläufig bereitgestellten Mengen Getreide sind wir in der Lage, die Ernährung Wiens und des übrigen Deutsch-Oesterreich mit Brotgetreide annähernd bis Mitte Februar unter Beibehaltung der derzeitigen Ration aufrechtzuerhalten. Die Mitglieder der erwähnten Ernährungsverhältnisse, wobei ihnen vom Staatsamt für Volksernährung das gesamte einschlägige Material zur Verfügung gestellt wurde.

Die Vertreter Amerikas auf der Friedenskonferenz

Paris, 8. Januar. Havas. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat den Kanzleien der mit Amerika verbündeten Mächte die Namen der Vertreter Nordamerikas auf der Friedenskonferenz bekanntgegeben. Es sind außer Wilson Oberst House, Lansing, White, früherer Bevollmächtigter der Vereinigten Staaten in Paris, und General Bliß.

Aufschub der Friedenserörterungen.

Paris, 8. Januar. Havas. Die Eröffnung der offiziellen Besprechungen über den Frieden vor dem 13. Januar wird durch die Tatsache verzögert, daß Wilson auf Anraten seines Arztes sich in Paris 48 Stunden Erholung gönnen muß. Sein Besuch in den besetzten Gebieten wird aufgeschoben werden.

Amsterdam, 8. Januar. Wie „Allgemeen Handelsblad" aus Paris erfährt, werden die Friedensbesprechungen, sobald Clemenceau von seinem sechstägigen Urlaub zurückgekehrt ist, unverzüglich beginnen.

Serbische Ansprüche auf bulgarisches Gebiet.

Bern, 10. Januar. Wie die bulgarische Telegraphenagentur meldet, werden nach offiziösen serbischen Blätterstimmen auf der Friedenskonferenz die Serben die Angliederung der rein bulgarischen Städte Widin, Drama, Küstendil und Strumnitza verlangen, um die unzivilisierten Bulgaren zu bestrafen.

Umsichgreifen des Bolschewismus in Schweden.

Amsterdam, 9. Januar. Nach dem „Allgemeen Handelsblad" meldet die Morningpost" aus Stockholm: Die schwedische Regierung ist wegen des Umsichgreifens der Bolschewismuspropaganda besorgt. Es wird versucht, die englischen und französischen Kriegsgefangenen, die über Südschweden in ihre Heimat zurückbefördert werden, für den Bolschewismus zu gewinnen.

Mackensen in französischer Gefangenschaft.

Paris, 8. Januar. Der „Petit Parisien" veröffentlicht folgende Einzelheiten über die näheren Umstände der Verhaftung des Generalfeldmarschalls Mackensen. Der internierte Feldmarschall habe sein Ehrenwort gegeben, nicht zu entfliehen. Am 31. Dezember wurde jedoch bekannt, daß er seine Flucht vorbereite und daß sein Gepäck schon am 30. Dezember abgeschickt worden war. Nachdem Oberst Vix die ungarische Regierung ersucht hatte, für die Internierung Mackensens Garantien zu geben, entschloß er sich, auf eigene Faust vorzugehen. Um 3 Uhr früh trafen marokkanische Soldaten in Foth ein. Um 8 Uhr wurde das Schloß militärisch abgesperrt. Mackensen geriet in heftigen Zorn und wollte zunächst den Oberst nicht empfangen. Angesichts der entschlossenen Haltung des Obersten gab er schließlich den Befehl, ihn vorzulassen. Vix teilte mit, er habe Weisung erhalten, die Anwesenheit des Feldmarschalls zu konstatieren. Nachdem er seinen Auftrag erfüllt habe, ziele er sich zurück. Mackensen protestierte gegen diese Haltung und fragte: „Werden Sie etwa verhindern, daß ich mich durch die Tür entferne?" Der Oberst erwiderte, er habe den Auftrag, ihn zu überwachen. Die Wachtposten hätten bestimmte Anweisungen erhalten. Im Laufe des Tages schickte Mackensen enen heftigen Protest an die ungarische Regierung, die ihrerseits bei den Alliierten Verwahrung einlegte. Die Alliierten erklärten, daß Mackensen keine einzige der Uebergabebedingungen eingehalten habe. Nach einigem Zögern gab die ungarische Regierung ihre Einwilligung zur Verbringung des Feldmarschalls nach Neusalz unter französischer Bedeckung. Um 7 Uhr abends gab Oberst Vix dem Feldmarschall von diesem Beschluß Kenntnis. Da Mackensen in die Giltigkeit der ihm vorgelegten Befehle Zweifel setzte, wurde ihm eine Frist von 10 Minuten gestellt, die auf sein Ersuchen um $^1/_4$ Stunde verlängert wurde.

Richtlinien der Deutschen demokratischen Partei für Arbeiter- und Angestelltenpolitik.

Die Deutsche demokratische Partei veröffentlicht die nachstehenden Richtlinien:

Alle Arbeitsverhältnisse, einschließlich der Lohn- und Gehaltsfragen, sind so zu regeln, daß die Leistungskraft der deutschen Volkswirtschaft gestärkt wird. Internationale Bestimmungen über Arbeiterschutz, Arbeitszeit und Arbeiterrecht für Männer und Frauen sind zu fördern.

Gemeinsame Abmachungen der Arbeitgeber- und Angestellten- und Arbeiter-Organisationen (z. B. Tarifverträge) sind als Grundlagen staatlicher Aufträge und schiedsgerichtlicher Vermittlungen anzusehen. Sicherung des Koalitionsrechtes und der Koalitionsfreiheit aller Organisatonsformen. Schwer organsierbare Berufe (Heimarbeiter, Land- und Forstarbeiter, Gelegenheitsarbeiter u. a.) bedürfen eines Mindestmaßes von öffentlichem Schutz. Das Recht auf Arbeit wird durch paritätische Arbeitsnachweise und Notstandsarbeiten nach Möglichkeit verwirklicht. Das Angestellten- und Arbeiterrecht muß so gestaltet sein, daß Selbständigkeit des Angestellten und Arbeiters gesichert und persönliche Freiheit von jedem Parteizwang gewährleistet ist. Ausbau des Erfinderschutzes, Beseitigung der Konkurrenzklausel, Förderung der Berufsbildung.

Allgemeine Industrie- und Handelsfragen sind, soweit sie nicht innerhalb der Arbeitsgemeinschaften auf paritätischer Grundlage durch Selbstverwaltung geregelt werden, von den Arbeitskammern auf parlamentarischem Wege ihrer Lösung entgegenzuführen. Anteilnahme der Arbeiter und Angestellten an den Entscheidungen über ihre wirtschaftlichen und persönlichen Angelegenheiten sind ebenso wie Vereinbarungen über Beteiligung am Ertrag der Unternehmungen von den staatlichen Organen zu erleichtern.

Die Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten sind bei allen Berufsvertretungen als den Männern gleichberechtigt anzusehen. Die Schutzbestimmungen für Mütter bedürfen der Erweiterung.

Stadttheater.

Hänsel und Gretel. Märchen mit Tanz und Gesang in fünf Bildern von Cläre Biedermann. Musik von Lutz Baschwitz. Am Sonnabend Nachmittag gehörte das Theater den Kindern, die in lückenlosen Reihen die Köpfe zusammensteckten, um das Wunder vom Knusperhäuschen der bösen Hexe anzustaunen, mit klopfendem Herzen das Schicksal von Hänsel und Gretel zu verfolgen und sich schließlich über die glückliche Rettung des Geschwisterpaares zu freuen. So einfach, wie die Großmutter das Märchen erzählt, war's nun freilich auf der Bühne nicht; dafür gab es aber umso mehr zu sehen u. zu hören, was Vergnügen macht, wenn es auch nicht unbedingt dazu gehört. Gleich zu Beginn war Jahrmarkt, dessen Eröffnung ein betrunkener Amtsdiener ausrief. Der Wald bevölkerte sich mit Waldgeistern, Zwergen, Elfen und Tieren. Ganz besonders gefiel den Kindern der Esel, der seine Rolle nur etwas zu natürlich auffaßte — es war nämlich ein wirklicher Esel. Hänsel und Gretel wurden von Fräulein Wendt und Fräulein Prüfer sehr nett und anmutig dargestellt. Ganz unheimlich sah Fräulein Malti als Hexe aus. Wer noch mehr darüber hören will, der frage die Kinder, die lange Zeit von dem, was sie gesehen, erzählen werden. Die Spielleitung lag in Herrn Wölfflingers Händen, für die Musik sorgte Herr Pollini mit seinen wenigen Getreuen. —id.

Aus Stadt und Land.

Thorn, den 13. Januar 1919.

Strenge Maßnahmen gegen die polnische Vergewaltigung.

Der Vollzugsausschuß der Provinz Westpreußen erläßt in Gemeinschaft mit dem Generalkommando 17. A.-K. und dem Oberpräsidenten folgende bedeutsame Bekanntmachung.

Um die deutsche Provinz Westpreußen vor so unerhörten Vergewaltigungen, wie sie in der Provinz Posen unter Bruch der Versicherungen aller polnischen Führer in die Erscheinung treten, zu schützen und den Bürgerkampf zu vermeiden, werden die örtlichen Truppenbefehlshaber in Verbindung mit ihren Soldatenräten zu nachstehenden Maßnahmen ermächtigt:

1. Die Durchführung des Befehls zur Waffenabgabe kann von den Truppen durch Haussuchungen nachgeprüft werden. Personen, die widerrechtlich im Besitz von Waffen angetroffen werden, sind unverzüglich dem zuständigen Gericht zu übergeben.

2. Polnische Versammlungen dürfen in den Bezirken, in denen die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung durch die polnische Bevölkerung bedroht erscheint, verboten werden.

3. Agitatoren und sonstige Persönlichkeiten, die die polnische Bevölkerung zur Auflehnung gegen die deutsche Regierung oder ihre Vertreter auffordern oder den Kampf gegen sie organisieren, können wegen Hochverrats kurzerhand festgenommen und vor Gericht gestellt werden.

4. Polnische Kriegervereine, Bürgerwehren oder dergl. dürfen, wenn Gefahr besteht, daß sie einer bewaffneten Erhebung der Bevölkerung Vorschub leisten, aufgelöst werden. Die gleiche Maßnahme kann stattfinden, wenn es zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und dem Militär gekommen ist.

5. Verbot des Abhaltens militärischer Uebungen seitens der polnischen Bevölkerung. Festnahme der Leiter solcher Uebungen.

Inwieweit nur einzelne vorstehender Bestimmungen oder diese in ihrer Gesamtheit anzuwenden sind, wird je nach den örtlichen Verhältnissen und dem Verhalten der polnischen Bevölkerung dem Ermessen der Militärbehörden im Benehmen mit deren Soldatenräten anheimgegeben.

Vorstehende Maßnahmene werden lediglich getroffen, um Zusammenstößen vorzubeugen, den Bürgerkampf zu vermeiden und die deutsche Bevölkerung vor Vergewaltigungen wie in Posen zu schützen.

Von dem Verhalten der dem Deutschen Reiche gesetzmäßig zugehörigen polnischen Bevölkerung wird es allein abhängen, ob die militärischen Befehlshaber von diesen ihnen oben gegebenen Rechten Gebrauch machen müssen.

Die polnische Bevölkerung wird daher eindringlichst ermahnt, durch ruhiges, in den gesetzlichen Bahnen sich bewegendes Leben den militärischen Befehlshabern jeden Anlaß zur Durchführung vorstehender Maßnahmen zu nehmen.

Die polnische Bevölkerung muß es sich und ihrem deutschfeindlichen Verhalten selbst zuschreiben, wenn von vorstehenden Bestimmungen Gebrauch gemacht werden muß.

Vollzugsausschuß der Provinz Westpreußen
Gehl. Schröder. Krahn.

Generalkommando 17. A.-K.
Der kommandierende General
v. Petersdorff.

Der Oberpräsident
v. Jagow.

Die Deutsche demokratische Partei und die Frauen.

Im großen Saale des Artushofes fand am Sonnabend abends 8 Uhr unter dem Vorsitz von Frl. Stachowitz die zweite große öffentliche Frauenversammlung statt, deren Besuch nicht minder zahlreich war als die vorhergehende. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt, jede Loge besetzt. Nachdem Vorsitzende die Versammelten und die Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei für den Landtag begrüßt hatte, erteilte sie der Hauptrednerin des Abends, Frau Carstenn-Elbing, der bekannten Führerin der Frauenbewegung unserer Provinz, das Wort zum Vortrag über „Die Deutsche demokratische Partei und die Frauen."

In leichtverständlichen, klaren und wohldurchdachten Worten führte Rednerin u. a. folgendes aus: In einem Umfange, wie er früher kaum gedacht wurde,. haben wir Frauen das einst so schwer umkämpfte und uns stets versagte Wahlrecht gewonnen. Wir können es nicht als eine Errungenschaft bezeichnen, denn in Wirklichkeit haben nur wenige Frauen darum gerungen, und der Mehrzahl ist es ohne ihr Zutun geworden. Einer Partei, der jetzt herrschenden, haben wir dieses Recht zu verdanken. Es ist die sozialdemokratische Partei, die schon seit vielen Jahren die politische Gleichberechtigung der Frau auf ihre Fahnen geschrieben und dafür gekämpft hat. Wir können ihr wohl dafür danken, aber nicht mit einer unbedingten Gefolgschaft. Es sind zu viele Punkte, die uns von ihr trennen, wenn es auch andrerseits eine ganze Anzahl wichtiger Berührungspunkte gibt, in denen wir mit ihr zusammengehen können. In der gegenwärtigen Zeit haben sich die Staatsauffassungen in fünf Parteien gespalten, die jedoch nichts anderes als die früheren drei Grundparteien bedeuten, jene drei Grundelemente unseres preußischen und deutschen Staatslebens: Konservative, Liberale und Sozialdemokraten. Diese drei Staatsauffassungen sind es auch, welche das öffentliche Leben beherrschen und spalten.

Die heute von allen Parteien heiß umworbene deutsche Frau muß darüber im Klaren sein, warum sie sich keiner anderen Partei als der Deutsch-demokratischen anschließen kann. Dazu ist es nötig, daß sie das Trennende erkennt, das zwischen ihr und den Anschauungen der übrigen Parteien besteht. In der Sozialdemokratie ist für die Frauen die Betonung des körperlich Arbeitenden gegenüber dem Geistesarbeiter zu stark und zu einseitig hervorgehoben. Die Einschätzung des Bürgers und besonders des Beamten scheint uns zu gering. Die ganz starke Sozialisierung der Sozialdemokratie nicht nur des Bodens und der Monopolschätze, sondern auch des Kapitals und der Arbeit geht uns zu weit. Die Deutsche demokratische Partei will wohl die Möglichkeit, freie Bahn zu schaffen, in Erwägung ziehen, sie will aber nicht freie Bahn schaffen auf alle Fälle und auf dem Wege des Umsturzes. Ein weiterer Punkt, der uns von der Sozialdemokratie scheidet, sind die gegensätzlichen Auffassungen über Trennung von Kirche und Staat. Von dem konservativen Staatsglauben, wie er in der Deutschnationalen Partei zum Ausdruck kommt, trennt uns zunächst einmal die unklare Fassung über die zukünftige Staatsform, während die echte Demokratie es klar und deutlich ausspricht, daß eine deutsche Republik die einzige Staatsform sein kann und wird. Von verschiedenen Anhängern der Deutschnationalen Partei wird sogar der Gedanke nach Möglichkeit der Wiederaufrichtung des Monarchentums erwogen. Ferner ist in den Richtlinien jener Partei die Mitarbeit der Frau nicht in dem Umfange ausgedrückt, wie wir Frauen es wünschen und wie wir es als ein empfangenes Recht beanspruchen können. Außerdem kommt störend hinzu, daß die Deutschnationale Partei eine übertriebene nationale Strömung vertritt, die dem tatsächlichen Zustand der Bevölkerung nicht entspricht. Auch in der Zurückhaltung der Forderung, daß der Boden der Allgemeinheit gehört, vor allem der, der nicht ausgenutzt werden kann oder nicht ausgenutzt wird, fühlen wir uns von dort nicht befriedigt.

Was haben wir Frauen nun zu fordern und beizutragen, wenn wir jetzt in unsere neuen Pflichten eintreten? Für die Nationalversammlung käme in Frage, welchen Einfluß wir aufzuwenden haben, um die Aufgaben der Nationalversammlung erfüllen zu helfen. Die Nationalversammlung muß uns dreierlei bringen: Die neue Staatsform, den neuen Wirtschaftsplan und den Glauben anderer Völker an unsere finanzielle Kraft und Leistungsfähigkeit. Die Hauptsache ist, daß wir uns verstehen wollen und verstehen sollen und nicht fragen nach alter Schuld. (Beifall.) Wir müssen wünschen, daß unsere Frauenangelegenheiten in besserer und vollkommener Weise bei der Gesetzgebung berücksichtigt werden als es bisher geschah. Wir haben auch in der äußeren Politik künftighin mit zu sprechen. Von uns und unserem Einfluß wird es mit abhängen, welche Bündnisse innerhalb der einzelnen Volksgemeinschaften u. mit welchen Völkern sie geschlossen werden können. Wohl sind Irrtümer und Fehler in den langen Kriegsjahren begangen worden, aber wir wollen uns nicht berechtigt halten, zu erklären, daß alles Vergangene eine einzige Schuld gewesen ist. Unsere Vergangenheit war reich an Idealen, doch vergessen wir nicht, daß Ideale, die erreicht sind, eben keine Ideale mehr sind. Wir wollen wünschen, daß die gegenwärtige Zeit uns noch einmal zu diesen Idealen führt, damit wir mit derselben Genugtuung auf die Vergangenheit blicken können wie wir es durften auf Preußen und Deutschland (Lebhaftes Bravo.) Daß die Möglichkeit eines neuen Krieges geringer ist, weil wir Frauen darüber mit zu bestimmen haben, halte ich für sicher; daß dagegen ein Krieg, wenn er sich als eine Notwendigkeit erweist, ganz ausgeschlossen ist, will ich nicht sagen. Auch auf die innere Politik wird der Frauen Einfluß entscheidend sein, das wird sich besonders in der Gesetzgebung zeigen, da unsere eigenen Angelegenheiten mehr in den Vordergrund treten werden. Da gilt es zunächst für uns, die Familienbeziehungen mehr in unserem Sinne uns einzurichten. Dazu gehören Eherecht, Kinder- und Jugendschutz und Bevölkerungspolitik. Das Vormundschaftsgesetz muß besser geregelt, das Haltekinderwesen und die Wohlfahrtseinrichtungen müssen besser ausgebaut werden.

Von besonderem Wert wird die Mitarbeit der Frau auch auf dem Gebiet der Wohnungsfragen, des Arbeiterschutzes, der Armengesetzgebung, des Strafvollzugs und der Umgestaltung der Rechte gewisser Berufsgruppen, der Angestellten einschließlich der Hausangestellten, sein. Die Frauen haben sich ferner zu befassen mit den Fragen der Kirche, der Religion und der Steuergesetzgebung. Wenn wir alle diesen Einfluß auszuüben lernen, dann wird er ein Machteinfluß, ein Welteinfluß werden, denn das Beispiel Deutschlands wird weiter wirken auch über andere Staaten hinaus.

Alle diese Ziele finden Sie am besten vertreten in der Deutschen demokratischen Partei. Unsere Partei nennt sich die Deutsch-demokratische Partei. Von vielen Seiten ist die Einheit unseres Reiches durch all die ungerechtfertigten Ansprüche gefährdet, die unsere Feinde auf deutsches Gebiet machen. Die größte Gefahr droht uns im Osten von den Polen. Dagegen müssen wir uns wehren und uns mit geschichtlichen Kenntnissen bewaffnen, indem wir nachweisen, daß der Osten nur durch deutschen Fleiß, durch deutsche Art, durch deutsche Kultur das geworden ist, was er war. Darum sollen die Polen nicht schon jetzt Zustände schaffen, die uns nachher vor tatsächliche Verhältnisse stellen, die nicht ohne Blutvergießen zu beseitigen sind. Die deutsche Frau muß deutsch denken, deutsch fühlen und deutsch handeln. Dann wird es uns auch gelingen, alles daran zu setzen, was dem tief bedrückten deutschen Volke einen Aufstieg wieder ermöglichen wird. Dann wird auch noch einmal die Zeit kommen wo es Wahrheit wird, was wir Deutschen in unserem innersten Herzen fühlen: Am deutschen Wesen soll und wird noch einmal die Welt genesen. (Reicher Beifall.)

In der nachfolgenden Aussprache zog Herr Professor Semrau als alter Anhänger der Frauenbewegung einen Vergleich zwischen dem Vortrag der Frau Carstenn und dem der Frau Professor Kalehne der Deutschnationalen Volkspartei. Wohl viele Frauen, so führte Redner aus, werden über den Vortrag der Frau Professor Kalehne gleich mir recht enttäuscht gewesen sein, ist doch an jenem Abend nicht ein einziges Wort über Frauenbewegung gesagt worden. Durch Nation und Religion wurden die Herzen entflammt, ohne daß in den Begriffen Klarheit geschaffen wurde. Unter dem Aufruf der Deutschnationalen Partei findet man Namen, die früher dem Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation angehörten. Ein Geheimrat aus Berlin, der früher zu den eifrigsten Gegnern der Frauenbewegung gehörte und sogar Berliner Studentinnen den Zutritt zu den Vorlesungen versagte, reist heute im Auftrage der Deutschnationalen Partei umher, um Vorträge über die Mitarbeit der Frauen usw. zu halten. Wie kann man von einem solchen Mann erwarten, daß er für die Rechte der Frau aus vollem Herzen eintritt?

Um die Frau möglichst schnell politisch zu schulen, ist es notwendig, daß sie der sozialen Tätigkeit in der Gemeinde ihr Augenmerk zuwendet. Sie muß ihren Blick für das öffentliche Leben schärfen. Ich empfehle hierzu den Frauen den Eintritt als Mitglieder in die städtischen Deputationen. Dort wird ihr Wirken von unendlicher Wichtigkeit sein auf die spätere Ausgestaltung und Vervollkommnung der meisten sozialen Einrichtungen. Wie kann z. B. ein Mann sich hineindenken und -fühlen in das Leben einer Hospitalitin, in die Einrichtung eines Siechen- und Waisenheims?

Anknüpfend an den Wortlaut eines Flugblattes, das da lautet: „Lernt wählen, damit Ihr richtig wählt", glaube ich, daß ein großer Teil der Frauen schon richtig wählen wird. Möge diese richtige Wahl in das demokratische Lager führen, das nach dem Grundsatze lebt: Alles durch das Volk und alles für das Volk. (Lebhafter Beifall.)

Nach diesen Ausführungen machte Herr Wingendorf von der Deutsch-nationalen Partei den erfolglosen Versuch, das Ansehen der Deutschen demokratischen Partei durch unklare, teils entstellte Anwürfe zu schmälern. Herr Krüger von der sozialdemokratischen Partei findet mit seinem Programm, von dem er unter allgemeiner Unruhe nur wenige Punkte entwickeln kann, wenig Anklang. Von einem Beamten, der jahrelang konservativ gedacht und gewählt hat, wird der Eintritt in die Deutsch-demokratische Partei empfohlen, die als einzige Partei dazu berufen scheine, die Gegensätze zwischen links und rechts auszugleichen. Den so oft erhobenen Vorwurf, die Deutsch-demokratische Partei sei die Judenpartei, wies Redner ganz entschieden zurück. Wohl trete die Partei für volle Glaubensfreiheit ein, die selbstverständlich auch die Aufnahme jüdischer Mitglieder, wenn sie sich zu den Parteipunkten bekennen, nicht ausschließe. Redner erinnerte an die Opferwilligkeit besonders unserer jüdischen Mitbürgerinnen, die wohl kaum von den christlichen übertroffen sein dürfte. Herr Justizrat Aronsohn wies darauf hin, daß es stets das Bestreben der in der Deutsch-demokratischen Partei aufgegangenen liberalen Partei gewesen wäre, die Gleichberechtigung aller Mitbürger herbeizuführen. Die Mißstimmung an der Front sei nicht zuletzt auf die Ablehnung des Wahlrechts durch die Konservativen zurückzuführen. Sodann wendet sich Redner gegen ein kurzlich erschienenes Flugblatt der Deutsch-nationalen Partei, in dem die Angehörigen der Deutsch-demokratischen Partei als „Großkapitalisten" bezeichnet werden, während es weiter heißt: „Der nationale Standpunkt und die wahren deutschen Volksziele werden nur von der Deutsch-nationalen Partei vertreten." Herr Hauptschriftleiter Schmid von der „Thorner Zeitung" macht auf die Gefahren der allgemeinen Sozialisierung aufmerksam und gibt ein Beispiel der einseitigen Begünstigung der freien Gewerkschaften durch die Sozialdemokratie gegenüber den anderen Organisationen. Redner schließt seine Ausführungen mit der Bitte, am Wahltage den Stimmzettel der Deutsch-demokratischen Partei, den Namen Weinhausen tragend, zu benutzen.

Herr Wingendorf hatte sich u. a. über die von demokratischer Seite angeschlagene Tonart beklagt, ohne zu bedenken, daß von Seiten seiner Partei auch nicht immer die richtigen Grenzen eingehalten werden. In der Thorner Zeitung sei z. B. von Unwahrheit und Unverschämtheit die Rede gewesen. Im Bewußtsein, mindestens den zweiten Ausdruck selbst nicht gebraucht zu haben, bezweifelte Herr Schmid dessen Vorkommen in der Thorner Zeitung. Nachträglich sei jedoch zu diesem Streit um ein aus dem Zusammenhange gerissenes Wort festgestellt, daß es tatsächlich in einem der Thorner Zeitung von auswärts zugehenden Artikel über die Deutschnationale Volkspartei enthalten war und zwar in folgendem Zusammenhang:

„Seit dem ersten Tage ihres Bestehens hat die Deutsch-demokratische Partei nicht aufgehört, für die unveräußerlichen nationalen Rechte unseres Volkes einzutreten. Sie war es, die von unseren Abgesandten auf der Friedenskonferenz männliches und würdevolles Auftreten forderte, sie war es, die den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das Reich auf das wärmste begrüßte und die Reichsregierung immer wieder zu entscheidenden Schritten drängte; sie war es, die den polnischen Anmaßungen vom ersten Tage an in der nachdrücklichsten Weise entgegentrat und die Reichsregierung wegen ihrer Energielosigkeit wiederholt auf das schärfste angegriffen hat; sie war es, die das deutsche Recht an Elsaß-Lothringen keinen Augenblick preisgegeben hat — kurz, sie war überall da, wo es galt, unseres Volkes, unseres Landes und unseres Staates Rechte zu wahren, sie war da auch dann, wenn andere Parteien, die Deutschnationale Volkspartei eingeschlossen, fehlten. Es ist eine Unwahrheit und es ist eine Unverschämtheit, um keine stärkeren Ausdrücke zu gebrauchen, der Deutschen demokratischen Partei nachzusagen, sie stehe nicht dort, wo die Not des Reiches jeden Vaterlandsfreund zuzustehen heißt. Wenn irgend wann, so gilt heute das Wort: **Das Herz der deutschen Demokratie schlägt dort, wo Deutschlands Fahnen wehen!"**

Man mag dieses Urteil in der Form zu scharf finden, in der Sache ist es eine berechtigte Abwehr eines ungeheuerlichen Anwurfs, der von der Gegenseite immer und immer wieder zu Agitationszwecken herhalten muß. (Anm. der Schriftleitung.)

Die Gefahren der Sozialisierung werden auch von Herrn Rechtsanwalt Wilk gestreift. Solange die Nachbarländer auf der kapitalistischen Grundlage weiter bauen, sei jede Sozialisierung Selbstmord, was auch schon daraus hervorgehe, daß z. B. die Sozialisierung des Bergbaues unseren Kredit im Auslande vollständig untergraben würde. Herr Schilling nennt die Deutsche demokratische Partei das ausschlaggebende Zünglein an der Wage der Parteien. Nur ihr, als der Mittelpartei, dürfe man die Stimme geben. Er schloß seine Darlegungen mit den Worten: Es leben die deutschen Frauen!

In ihrem Schlußwort drückt Frau Carstenn den Wunsch aus, daß der zukünftige Staat in nicht zu langer Zeit uns wieder schirmen möge wie ein hohes Domgewölbe, aufdaß wir einmal wieder rufen können: Deutschland, hoch in Ehren. Fräulein Stachowitz bittet die Frauen sich in die Richtlinien der Deutschen demokratischen Partei zu vertiefen und sie zu ihren Grundsätzen zu machen, denn diese seien begründet auf den drei Hauptpfeilern: Gerechtigkeit, Wahrheit und Freiheit.

Schluß der Versammlung 11 Uhr.

— **Deutsch-nationale Volkspartei.** Am Sonntag vormittags 11.30 Uhr hielt die Deutsch-nationale Volkspartei im Artushof eine stark besuchte Volksversammlung unter Vorsitz des Herrn Mittelschullehrers Paul ab. Bei Beginn der Verhandlungen gab Herr Staatsanwalt Bennecke die Verhaftung von Liebknecht und Rosa Luxemburg bekannt, was von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen wurde. (Die Nachricht ist leider unzutreffend. Anm. der Schriftl.) Die Kandidatin der Deutschnationalen Volkspartei, Fräulein Duwensee, behandelte in ihrem Vortrage die Stellung und Aufgabe der Frau im politischen Leben. Einleitend nahm sie Stellung gegen den oftmals erhobenen Vorwurf, daß die Anhänger der Deutsch-nationalen Partei sich einer Partei angeschlossen haben, die früher nichts für die Frauen übrig gehabt hätte. Zwar seien die rechtsstehenden Parteien nicht für die politische Betätigung der Frau eingetreten, so doch stets für die Frau als Hüterin des Deutschen Heims. Das Wahlrecht sei gefährlich, und es wäre wünschenswerter gewesen, wenn die Frauen allmählich in dieses Maß der Gleichberechtigung hineingewachsen wären. Viel schwerer als der Verlust an materiellen Werten sei die Einbuße an ideellen Worten. Angesichts des Umsturzes drücke sich die Erkenntnis durch, daß es eine Naturnotwendigkeit sei, wenn auch die Frau auf dem Kampfplatz des politischen Lebens trete. Das HHauptarbeitsgebiet der Frau liege dort, wo es sich um den Wiederaufbau dieser ideellen Werte handelt. Pflege des nationalen Gedanks und des Christentums, Wiederbevölkerung des platten Landes durch eine umfassende Siedlungspolitik, durchgreifende Abhilfe der Wohnungsnot, Durchführung einer Steuergesetzgebung, die die Erleichterung der Familiengründung ermöglicht, seien die wichtigsten Ziele der Frauenarbeit. Zum Schluß ihrer Darlgungen gab Rednerin die Erklärung ab, daß die Deutsch-dedokratische Partei nicht mit den bürgerlichen Parteien gehen, sondern sich mit der Sozialdemokratie zusammentun werde. (Anm. der Schriftl.: Darüber ist uns bis jetzt nichts bekannt. Es wird in jeder Versammlung der Deutsch-demokratischen Partei das Trennende betont, das sie von der Sozialdemokratie scheidet. Die Angabe der Rednerin ist also irreführend). Den Hauptvortrag hielt Herr Justizrat Wannow-Zoppot über „Die politische Lage. Er stellte Friedrich den Großen uns als Beispiel hin, der trotz zahlenmäßiger Ueberlegenheit seiner Feinde und trotz der jahrelangen Aussichtslosigkeit auf den Sieg weiter gekämpft habe, bis die Feinde die Lust am Kriegführen verloren und einen für Friedrich günstigen Frieden geschlossen hätten. Dasselbe hätten auch wir erreichen können (!), zum mindesten hätten wir uns noch den Winter hindurch halten können. (nAm. der Schriftl.: Selbst um den Preis von täglich 10 000 Toten!) Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen gibt Redner seiner Entrüstung Ausdruck über die unglaublichen Zustände in der Regierung und im Reich. Die Rvolution hätte ohne Mühe unterdrückt werden können. Die aus dem Felde zurückgekehrten Soldaten hätten kein wöhnliches Dach über dem Kopfe vorgefunden. Auf den aus der Versammlung erhobenen Einwurf, daß auch die Heimarmee gekämpft habe, erwiderte Redner: „Ja, von der halte ich sehr wenig (!); wir hatten draußen keine Deserteure und keine Drückeberger unter uns, wir ließen uns nicht von 18jährigen Bengels unterkriegen!" Die ganze Revolution sei nichts anderes als ein grober Unfug. Plündern und Stehlen gehöre heute zum guten Ton. Das Wirtschaftsleben liege fast still, die Lohnforderungen nehmen Formen an, die es aufs Schwerste gefährden. Ebert und Scheidemann hätten Offiziere an die Spitze stellen sollen, dann wäre vieles anders gekommen und das Schauspiel in Berlin vermieden worden. In fast einstündiger Rede versuchte darauf Herr Wannow durch Entstellung von Tatsachen der Deutsch-demokratischen Partei Abbruch zu tun. Man solle nur die Unterschriften des Wahlaufrufs lesen, um einen Eindruck zu gewinnen, wie er sein muß. (Recht vorsichtig gesagt!) Die Deutsche demokratische Partei sei entstanden in den Redaktionsräumen des „Berliner Tageblatts", das in der Revolution „das Morgenrot einer neuen Zukunft sehe". Die übrigen mehr als gehässigen Ausführungen des Redners stellten nichts anderes dar als ein wüstes Geschimpfe auf das „Berliner Tageblatt". In der sich anschließenden Aussprache vermochte der sozialdemokratische Redner Herr Krüger die Versammlung nicht für seine Ausführungen zu gewinnen. Herr Rektor Krause ging mit den früheren Konservativen, die die Volksschule zu einer Armenschule hätten herabsinken lassen, scharf ins Gericht und bat die Forderung nach Schaffung der Einheitsschule zu unterstützen. Die Einheitsschule ist ein wichtiges Mittel, die bestehenden gesellschaftlchen Risse, die unser Volk zerklüften zu überbrücken. Ebenso beleuchtete der Redner die Behauptung der Konservativen, die Stützen des Thrones zu sein und Vaterlandsliebe und Königstreue in Erbpacht zu haben, und legte die wahren Ursachen des Sturzes unseres Königshauses bloß. Seine Rede klang aus in die Bitte zum Beitritt in die Deutsch-demokratische Partei, die sich in erhöhtem Maße für die Ziele der Volksbildung einsetze. — Nach persönlichen Entgegnungen stellte sich der inzwischen eingetroffene Kandidat der deutsch-nationalen Partei, Herr Schulz, den um diese Zeit noch anwesenden Versammlungsteilnehmern vor. Sein Eintreffen war dadurch verzögert worden, daß die Eisenbahnschienen auf der Strecke Bromberg-Thorn zum Teil aufgerissen sind.

— **Das Gewerkschaftskartell** hatte für Sonntag vormittag eine öffentliche Versammlung für alle in der Metallindustrie, in Klempnereien, im Gas- und Elektrizitätswerk beschäftigten Handwerker und Arbeiter in das Gasthaus Nicolai einberufen. Herr Neumann berichtete über den neuen Lohntarif und seine Vorteile. Der Lohntarif, der alle Betriebe der Metallindustrie in Thorn umfasse, sei am 2. Januar den Unternehmern abgerungen worden, und es handle sich jetzt noch um die Zustimmung der Arbeitnehmer. Zwar weise der Tarif noch Lücken auf, so hinsichtlich des Lehrlingswesens, allein vorläufig biete er doch nicht zu unterschätzende Vorteile. Regelrechte Arbeitszeit ist der gesetzliche Achtstundentag. Für die 9. und 10. Ueberstunde ist ein Zuschlag von 10 v. H., darüber hinaus ein solcher von 25 v. H. vorgesehen. Für besonders schmutzige Arbeiten sowie für Sonntagsarbeit ist ein Zuschlag von 50 v. H. zu gewähren, an hohen Feiertagen steigert sich der Stundenlohn auf das Doppelte. Für geschulte und ungeschulte Arbeiter werden die Löhne in zwei Lohnklassen eingeteilt. Junggesellen bekommen um 10 v. H. weniger als Ehemänner. Kein Arbeiter darf bei achtstündiger Arbeitszeit weniger verdienen als früher bei mehrstündiger. Der Vertrag, der zunächst bis zum 31. März 1919 gelten soll, läuft von Vierteljahr zu Vierteljahr weiter, solange er nicht gekündigt wird. Die Elektrizitätswerke haben erklärt, die erhöhten Löhne erst zahlen zu können, wenn die städtischen Körperschaften die Regulierung der Tarife gewährt haben. Die Anwesenden erklärten sich mit dem Tarifvorschlag einverstanden. — In der Aussprache kam Herr Sokolowski auf die Aeußerung zurück, die ihm von der „Thorner Zeitung" und von deren Schriftleiter, Herrn Schmid, in öffentlicher Versammlung vorgehalten worden sei. Herr Sokolowski bestritt nicht, zu dem Vertreter einer Organisation der Militärarbeiter gesagt zu haben, wenn diese nicht zu den freien Gewerkschaften übergingen, werde man „keinen Finger für sie krumm machen." Er, Redner, stehe eben auf dem Standpunkt, daß man mit unorganisierten Handwerkern nicht verhandeln könne: „Die freien Gewerkschaften sind schon deshalb die einzig richtigen", so erklärte er, „weil darin der Unternehmer seinen größten Feind erblickt." Die polnische Arbeiterschaft hat nach Ansicht des Redners von dem künftigen Polenstaat herzlich wenig zu erwarten. Das Polen, das gegründet wird, verspricht ebenso ein Junkerstaat zu werden, wie Preußen einer war, und die polnischen Arbeiter werden zu spät kommen und auf Jahrzehnte zurückgeworfen werden, wenn sie sich erst in dem neuen polnischen Staate zu organisieren beginnen. — Herr Schmid von der „Thorner Zeitung" wandte sich entschieden gegen die von Herrn Sokolowski vertretene Auffassung, als ob sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer in unversöhnlicher Feindschaft gegenüberstehen müßten, wenn auch ein gewisser Interessengegensatz zwischen dem Arbeiter bestehe, der eine Lohnerhöhung fordert, und dem Unternehmer, der sie gewähren soll. Das wirtschaftliche Gleichgewicht zwischen diesen Gegensätzen sei nicht immer leicht zu finden, aber man müsse von beiden Seiten den guten Willen mitbringen, es herzustellen. Wenn der Arbeiter kein anderes Ziel kenne, als das, dem Unternehmer unter allen Umständen möglichst weitgehende Zugeständnisse abzunötigen, mache er den Betrieb unrentabel und säge damit den Ast ab, auf dem er sitze. — Herr Hintz verteidigte die Hirsch-Dunckerschen Gewerschaften aufs lebhafteste gegen die Angriffe der freien Gewerkschaften, die einen ungerechtfertigten Druck auf die von ihnen unabhängigen Organisationen auszuüben versuchten. Jeder Arbeiter müsse heutzutage organisiert sein, aber es gebe auch andere Organisationen als die freien Gewerkschaften. Daß sich deren Mitglieder irrtümlich an Herrn Sokolowski um Rat und Hilfe wenden, sei darauf zurückzuführen, daß sie in ihm einen aus Staatsgeldern bezahlten Vertrauensmann des Arbeiter- und Soldatenrates erblicken. Das sollten sich die Mitglieder abgewöhnen und mit ihren Anliegen nicht zum Soldatenrat laufen, sondern sie der Leitung ihrer Organisation vortragen. — Herr Neumann hielt noch eine Weberede für die freien Gewerkschaften und schloß darauf die Versammlung.

Neueste Nachrichten.

Zur Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens.

Berlin, 13. Januar. (Drahtnachricht.) Marschall Foch hat mitteilen lassen, daß die Verhandlungen zur Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens am 15. 1. vormittags in Trier am Bahnhof beginnen werden. Sofort nach seinem Eintreffen wird er angeben, zu welcher Zeit die erste Zusammenkunft der Delegierten stattfinden kann. Bekanntlich nehmen an den Verhandlungen von beiden Seiten die Delegierten teil, die s. Zt. an den Verhandlungen in Compiegne und bei der ersten Verlängerung des Waffenstillstandes in Trier teilgenommen haben.

Ergebnis der Wahlen zur Landesversammlung in Württemberg.

Stuttgart, 12. Januar. (Drahtnachricht) Bei der gestrigen Wahl zur verfassunggebenden Landesversammlung haben von 1 446 580 Wahlberechtigten 1 316 068 ihre Stimme abgegeben. Giltig waren 1 313 326 Stimmzettel, ungiltig 2740. Es entfallen auf die unabhängige sozialdemokratische Partei 4622, Zentrum 273 192, Bauernbund 75 756, Weingärtnerbund und kleine Landwirte 35 255, Landwirte aus Oberschwaben 5743, Deutsch demokratische Partei 3285555, sozialdemokratische Partei Württemberg 452 450, deutsche Friedenspartei 4021, Württembergische Bürgerpartei 97 726 Stimmen. Somit erhalten Sitze: Die unabhängige Sozialdemokratie 4, Zentrum 31, Bauernbund 10, Weingärtnerbund 4, Landwirte Oberschwabens 0, Deutsche demokratische Partei 38, sozialdemokratische Partei Württemberg 52, deutsche Friedenspartei 0, Württembergische Bürger-Partei 11.

Die Geburt einer

Tochter

zeigen an

Dr. Carl Landauer und Frau Hilde, geb. Stein.

München, Hufsteinerplatz 4, den 12. Januar 1919

Die Geburt eines

Jungen

zeigen an

Arnold Levy u. Frau
Elfriede geb. Sandelowsky.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Tode meiner innigstgeliebten Frau spreche ich allen auf diesem Wege meinen

herzlichsten Dank aus.

Z. Zt. Konitz, den 10. Januar 1919.
Borromäusstift.

Otto Chill, Gerichtskassenkontrolleur.

Danksagung.

Für die mannigfachen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei dem Hinscheiden meines lieben Enkels spreche ich allen, insbesondere Herrn Divisionspfarrer von Jaminet, meinen Dank aus.

Frau Anna Kroll, geb. Engel.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 1. Januar 1918 bis 31. Dezember 1918 sind an außerordentlichen Gaben für Zwecke der Armenpflege eingegangen:

Aus dem Nachlaß der Frau Oberstabsarzt Dr. Funk		29,— M.
Schaak		30.— „
Johanniskirche . .	Erlös der Kollekte am Fest der Allerheiligen	40,— „
Jakobskirche . . .		25,— „
St. Marienkirche .		41,60 „
Sultan zur Weihnachtsbescherung		50,— „

Thorn, den 8. Januar 1919.

Der Magistrat II.

Bekanntmachung.

Infolge der Kohlenpreis- und Lohnerhöhungen

erhöhen wir den Kokspreis von heute ab auf Mark 4.00 für den Zentner ab Hof.

Elektricitätswerke Thorn
Abt. Gaswerk.

Brennspiritusausgabe.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung betreffend Brennspiritus für Säuglinge vom 8. Januar 1919 wird noch einmal darauf hingewiesen, daß künftig die Ausgabe der Brennspiritusmarken nur gegen **neue** Bezugsausweise erfolgt, die in der Zeit vom 10. bis 14. Januar 1919 im Verteilungsamt I, Zimmer 3 abzuholen sind.

Thorn, den 13. Januar 1919.

Der Magistrat.
Der Arbeiter- u. Soldatenrat.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des Bedarfs an Drucksachen und des dazu erforderlichen Papiers für die städtische Kommunal- und Polizei-Verwaltung einschließlich der städtischen Schulen wird hierdurch für die Zeit vom 1. April 1919 bis 31. März 1920 öffentlich ausgeschrieben.

Verschlossene Angebote auf die Lieferung sind mit der Aufschrift: „Gebot auf Lieferung von Drucksachen und des Papiers" bis

Sonnabend, 18. Januar 1919,
mittags 12 Uhr

an unser Hauptbüro Zimmer 18a einzureichen.

Die Bedingungen für die Lieferung liegen daselbst zur Einsicht aus. Die Preisangebote sind auf der Grundlage des den Bedingungen beigefügten Normaltarifs abzugeben.

Thorn, den 8. Januar 1919.

Der Magistrat.

Die Feuerversicherungsbeiträge für die bei der städtischen Feuersozietät versicherten Baulichkeiten sind nach §§ 5 und 6 des Statuts im Laufe des Monats **Januar jeden Jahres** zu entrichten.

Die bis 1. Februar nicht eingegangenen Beiträge werden im Zwangsverwaltungsverfahren eingezogen.

Thorn, den 6. Januar 1919.

Der Magistrat.

Bin unter

Nr. 697

an das Fernsprechnetz angeschlossen.

Dr. med Gelderblom,
prakt. Arzt, Fischerstraße 49 I.

Lehrlinge

verlangt **Emil Schütze,** Glasermeister, Klosterstraße 8.

Schlosserlehrlinge

stellt sofort ein
R. Reinhard, Fischerstraße 49.

Tischlerlehrlinge

gegen Kostgeld können sofort eintreten. **Mondry,** Tischlermeister, Gerechtestraße 29.

Lehrling

Sohn achtbarer Eltern, welcher Lust hat Optiker zu lernen, evtl. mit Beköstigung, kann sofort eintreten bei
Optiker Seidler, Thorn,
Altstädt. Markt 14, neben der Post.

Saubere, tüchtige

Aufwärterin

gesucht. Kakaoniederlage Reichardt.
Zu erfragen Breitestraße 42 II.

Existenz

durch leichte Arbeiten im Hause ohne Vorbildung und Kapital, auch für Frauen geeignet. Eventuell als

Nebenerwerb

zu betreiben. Auskunft frei durch **Otto Nolte, Braunschweig-O. 122.**

Rm. 7000

auch geteilt, sind auf sichere Hypothek zu vergeben. Angebote unter Nr. 201 an die Gesch. d. Ztg. erb.

Vollsitzung

des Arbeiter- u. Soldaten-Rats Thorn

am Dienstag, den 14. 1. 1919, 6 Uhr nachm. in der Aula der Knabenmittel-Schule an der Garnisonkirche.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vollzugsausschusses,
2. Die jetzige Lage (Ref. Raube),
3. Erweiterung des Arbeiterrats,
4. Verschiedenes.

Der Vollzugsausschuß.
Raube. Makowski.

Konzert Cläre Dux

bis auf weiteres verschoben.

Vereinigung der Musikfreunde.

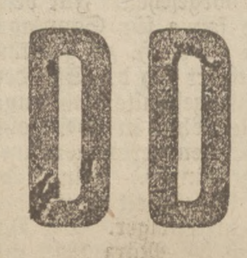
Das für den 17. Januar 1919 angesetzte

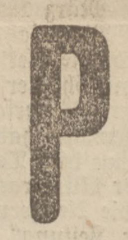
KONZERT

des Möllendorf-Streichquartettes

wird bis auf weiteres

verschoben. 





Westpreußen deutsch!
Deutschland frei und stark!
Gegen alle politische und wirtschaftliche Rückwärtserei!

Der demokratische Stimmzettel beginnt mit dem Namen

Weinhausen

Deutschnationale Volkspartei

Orts- und Kreisgruppe Thorn.

Unsere Vertrauensmänner auf dem Lande werden ersucht, die

Stimmzettel für die deutsche National-Versammlung

1. **Landgerichtsrat Georg Schulz, Bromberg,**
2. **Schriftstellerin Dr. Käthe Schirmacher, Danzig**

möglichst von unserer Geschäftsstelle, Elisabethstraße 5, Telefon 576, abholen zu lassen. Andernfalls wird um sofortige Mitteilung der Postanschrift gebeten.

Deutschnationale Volkspartei

(weibliche Jugendgruppe)

am Mittwoch, den 15. Januar, abends 6 Uhr
im Tivoli:

Mitglieder-Versammlung

anschließend Chorübung.

Einführung neuer Mitglieder erwünscht.

Grete Preuss. **Gertrud Klatt.**

Kontor-Wandkalender

Preis 20 Pfennig

empfiehlt

:: **Thorner Zeitung.** ::

Altbrauchbare Reisekörbe

zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe unter Nr. 4 W. 202 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

---

300 Ztr. Stroh

zu kaufen gesucht
Teutel & Co., Brombergerstr. 33.

Odeon-Lichtspiele

Gerechtestraße 3

Von Dienstag bis Donnerstag:

Verkauftes Glück

Ein Filmwerk in 4 Akten.

In den Hauptrollen: **Ernst Hoffmann u. Ade van Ehlers**

Frau von Below, Gutsbes. . . . . Olga Engl
Aline, ihre Tochter . . . . **Ade van Ehlers**
Peter Bamberger . . . . Max Ruslach
Harry Arton . . . . **Ernst Hoffmann**
Seine Mutter . . . . **Marga Köhler** usw.

Ich heirate meine Puppe

Lustspiel in 3 Akten.

Hauptrolle: **Egede Nissen.**

Personen:

Karl Grols . . . . Herr Rex
Kitty, seine Tochter . . . . **Egede Nissen**
Asta Silver . . . . ? ? ?
Freddy, ihr Sohn . . . . Herr Blechrange.

Metropol-Theater

Friedrichstr. 7

Von Dienstag bis Donnerstag:

Der Gutsherr. Drama in 4 Akten.

Ueberlistet. Lustspiel in 3 Akten.

(Aenderungen vorbehalten.)

Grabgitterfabrik
Gebr Riemenschneider,
Mellienstraße 128 Fernruf 400
empfiehlt sich zur
: : **Anfertigung** : :
von modernen Grabanlagen
Koulante Preise, gedieg. Ausführung.

Ernemann Camera 9×12 mit Stahl-Stativ., 1 Kassette und Filmadapter für 125 **Mark** zu verkaufen.

Bost, Heiligegeiststraße 17, 3.

---

1 Hühnerstall,
1 Kaninchenhäuschen, 4 Fäch.,
1 Gartenbank, grün,
1 Kinderwagen gut erhalten,
billig zu verkaufen Familienhaus II, Feldartillerie-Kaserne 31.

Flügel,

gut erhalten, billig zu verkaufen.
Seidel, Brückenstraße 38

Fast neuer, hellgrauer

Radmantel

(mittlere Figur) für 70 Mark zu verkaufen.
Zu erfragen Rosenowstr. 1, III l

Gute, unbenutzte Kücheneinrichtung

todeshalber preiswert zu verkaufen. Besichtig. $11^{1}/_{2}$–4 **Brückenstr 32** im früheren Laden d. Zentralmolkerei.

Brennholz

in Scheiten und zerkleinert, offeriert

Spediteur Knappe

Brückenstraße 25.

Hotelgrundstück

mit 13 Fremdenzimmern, Restaurationsräumen, vorzüglichem Saal mit Bühne (der größte am Platze), evtl. auch zum Lichtspieltheater geeignet, mit vielen Nebenräumen, Ställen und Ausspannung, sofort mit Inventar preiswert zu verkaufen. Größe des Grundstücks ca. 2000 qm Angebote sind zu richten an **Carl Koerner** Baugeschäft und Holzbearbeitungsfabrik, **Bütow,** Bez. Köslin

---

Fuhrunternehmen!

Wegen Aufnahme anderer Unternehmungen beabsichtige ich mein gutgehendes Fuhrunternehmen in Posen mit gutem Pferdematerial und Wagen mit Zubehör schnellstens zu dem billigen Preise von 40 000 Mark zu verkaufen. Reinverdienst 20 000 Mark jährlich. Off. unter **U. 100** Posen, Schließf. 123.

---

23 Uniformmäntel

billig zu kaufen gesucht
Neubecker, Brombergerstr. 901 links.
Telefon 910

Ein kleiner, heller

Laden.

Elisabeth und Strobandstr.-Ecke 12/14 Eingang Strobandstr., mit 2 Schaufenstern und darunterliegendem Keller, Gas, Elektrisch, Wasser und Zentralheizung versehen. Auf Wunsch auch ein kleines Zimmer mit Balkon in 4. Etage ist per sofort oder auch später zu vermieten

Gustav Heyer,
Breitestraße 6. Fernruf 517.

Stadt-Theater

Dienstag, 14. Januar $7^{1}/_{2}$ Uhr: Literarischer Abend. Zum 3. Male:

„Der Weibsteufel."

Mittwoch, 15. Jan. nachm. **3 Uhr:** Märchenvorstellung! Erm. Preise! Zum 2. Male!

„Hänsel und Gretel".

Abends $7^{1}/_{2}$ Uhr:
Operetten-Neuheit! Zum 1. Male!
Außer Abonnement!

„Fürstenliebe".

Die nächste Märchenvorstellung „Hänsel und Gretel" findet am **Sonnabend,** den 18. **Januar,** nachmittags 3 Uhr statt.

Thorner Liedertafel, e. V.

Übungsstunden

Dienstags, abends 8 Uhr
im Vereinszimmer **„Artushof".**
Gäste willkommen.

M.-G.-V. „Liederkranz"

Mittwoch, den 15. 1. 1919,
im Vereinszimmer:

Haupt-Versammlung.

Tagesordnung:
Vorstandswahlen,
Jahresbericht,
Aufnahme der sich neu gemeldeten Mitglieder.

Der Vorstand.

Altstädt. ev. Kirchenchor.

Mittwoch, den 15. Januar:

Keine Übungsstunde.

Der Vorstand.

Gesucht eine

6 Zimmerwohnung

oder 2 Zimmer für Bürozwecke vom 1. 4. Angebote unter **O N 200** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Aufruf!

Kann mir jemand Nachricht geben über den Verbleib meines Sohnes, des

Landsturmmannes

Erich Kagelmacher,

Reserve-Infanterie-Regim. 61, 7 Kompagnie.

Mein Sohn ist seit dem 14. 10. 18 bei der großen Abwehrschlacht in Flandern vermißt.

Frau Ch. Kagelmacher,
Gudderitz bei Altenkirchen, Insel Rügen.

Unkosten werden gern erstattet.

Du ahnst es nicht!
Du ahnst es nicht!
Von wem Du dieses Brieflein kriegst.
Und wenn Du Dir den Kopf zerbrichst,
Du ahnst es nicht!
Ich glaube doch, ich kenne Dich,
Drum sei so gut und melde Dich